

Gewerbeflächen jetzt doch verkaufen

Kritisches zum Haushalt 2002

Von unserem Redaktionsmitglied
ISOLDE KRAPP

BAD BOCKLET Der Etat 2002 ist verabschiedet, gegen fünf Stimmen von SPD/UB und FCW. Es wurde lange diskutiert, weil die drei genannten Parteien in einem Antrag weitere Informationen zu dem Zahlenwerk eingefordert hatten. Breiten Raum nahm auch das Thema Badeseesee ein, zu dem Michael Trümbach (UB) eine Stellungnahme verlas.

Rund 20 Bürgerinnen und Bürger kamen zur Sitzung – ein Zeichen, dass die Politik in der Marktgemeinde auch außerhalb des Ratsgremiums rege diskutiert wird. Kämmerer Lothar Hein arbeitete zunächst Änderungen in den Haushaltsentwurf ein: Der Ansatz im Verwaltungshaushalt bleibt mit 5,090 Millionen Euro bestehen. Der Vermögenshaushalt schließt jetzt mit 7,323 Millionen Euro ab. Es wurden Beträge korrigiert, die in der voraus gegangenen Sitzung abgeklärt worden waren.

Zudem ging es um 5000 Euro, die auf einen Antrag des Kur- und Fremdenverkehrsvereins hin in den Verwaltungshaushalt aufgenommen wurden. Die Gemeinde soll damit den Kosten für Porto und Versand von Prospekten Rechnung tragen. Das Defizit der Kur GmbH, einer hundertprozentigen Tochter der Gemeinde, will man wie folgt reduzieren: in 2003 um 50 000 Euro sowie in 2004 und 2005 um je 80 000 Euro.

SPD/UB und FCW hatten in ihrer Eingabe die „äußerst pessimistische Darstellung des Haushaltsplans“ kritisiert, die Verhängung einer Haushaltssperre schädige das „Ansehen des Marktes und des früheren Gemeinderats“. Die Vertreter der drei Parteien beantragten Änderungen im Haushalt: Unklarheit herrschte bei ihnen über die Kosten für den Bauhof, die laut Ansatz in den Jahren 2000 bis 2002 um je 20 000 Euro (auf 176 000 Euro in 2002) ansteigen. Der Kämmerer begründete dies mit einer Personalkosten-Steigerung von 4,13 Prozent.

Diskutiert wurde der Rückgang beim Fremdenverkehrsbeitrag, den SPD/UB und FCW mit 30 Prozent zu hoch angesetzt sahen. Moniert wurde, dass ein im Haushalt angenommener erheblicher Rückgang der Grunderwerbssteuer unrealistisch sei, wo doch genug Baugebiete zum Verkauf anstünden und auch Interessenten da seien. Helmut Kerwin (FCW) präsentierte eine Firma, die mehrfach bei der Gemeinde Interesse an Grundstücken im Kleinfeldlein bezeugt hat. Bürgermeister Wolfgang Back bezeichnete das Ansinnen als „Larifari“. „Das ist nicht der Großinvestor, den wir suchen.“

„Unrealistisch“ nannten SPD/UB und FCW in ihrer Eingabe auch, dass laut Haushaltsplan in den kommenden drei Jahren keine Grundstücke verkauft werden sollen und so auch keine Einnahmen da sind. In Großenbrach und Steinach seien genug Flächen vorhanden, hieß es. Schließlich wurde abgestimmt. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, für den Verkauf von Gewerbeflächen Summen in den Haushalt einzustellen: 60 000 Euro für 2002, 25 000 Euro für 2003, 40 000 Euro für 2004 und 25 000 Euro für 2005.

Zum Thema Badeseesee wurde länger debattiert. Zum einen ging's um den Beitrag Bad Bocklets zum Trägerverein Badeseesee, den SPD/UB und FCW im Haushalt vermissten: Damit setze man das Signal, dass man momentan mit dem Projekt Badeseesee nicht weitermachen will, hieß es. Weiter ging's um die Grundstücke, die man für den See noch zu kaufen hat.

Laut Bürgermeister sind 14,36 Hektar gekauft, um rund 22 Hektar Land müsse man sich noch bemühen. Back wehrte sich dagegen, weitere Grundstücke zu kaufen, man könne „kein weiteres Minus leisten.“ Michael Trümbach (UB) wies darauf hin, dass man zwischenfinanzieren könne, wie das auch große Unternehmen machen.

Auf dem Weg über die Haushaltsberatung ein Projekt wie den Badeseesee zu kippen, fand Helmut Wischang (SPD/UB) nicht in Ordnung. „Ich kann nicht mit gutem Gewissen Geld in den Haushalt einstellen“, sagte der Kämmerer. Hans Bauer (SPD/UB) wollte darüber abstimmen. Acht Räte, darunter auch welche aus der CSU, stimmten dafür, 100 000 Euro im Jahr 2002 für den Grundstücks-Erwerb einzustellen. Mit einem Patt (7:7), also einer Ablehnung, endete die Abstimmung über eine Einstellung weiterer Gelder im Jahr 2003. Auch für die Bereitstellung von Mitteln für Tiefbaumaßnahmen gab es keine Mehrheit.

Michael Trümbach (UB) verlas eine Stellungnahme, in welcher er darauf hinwies, dass der Badeseesee geplant wurde, um dem Biedermeierbad ein weiteres Standbein zu geben und für die Zukunft eine direkte Einnahmequelle zu schaffen. Zweifel wegen der Finanzierung eines Projekts, das sechs Jahre vorangetrieben wurde, seien „nicht angebracht“. Auch im Entwicklungskonzept für den Landkreis sei das Projekt als „zukunfts-fähig erachtet“ worden. Trümbach sieht die im September anstehenden Verhandlungen bezüglich staatlicher Zuschüsse für das Projekt Badeseesee als „wesentlich“ an. Jeder Gemeinderat müsse sich verantworten, „wenn diese Zukunftschance vertan, ich möchte fast sagen abgewürgt würde.“